



## 40 JAHRE GORLEBEN ... und kein Ende

→ Schwerpunkt  
Seite 6 – 11

### Wer B sagt, muss auch C sagen

Nicht nur einer, sondern beide Blöcke des AKW Gundremmingen gehören 2017 abgeschaltet

→ Seite 12–13

### Castor-Alarm auf dem Neckar

Fünf Schiffstransporte mit hochradioaktivem Atommüll könnten schon im Frühjahr starten

→ Seite 14–17

### Ausstieg aus den Kosten

Gute, schlechte und absurde Fakten zum Atom-Finanz-Deal, Verfassungsgerichts-urteil und Wegfall der Brennelemente-Steuer

→ Seite 18

# Inhalt

## 3 Editorial

## 4 Anti-Atom-Meldungen

## 6 Mein Gorleben-Moment

**Collage** | 40 Jahre nach der ersten Standortbenennung ist das geplante Atommülllager im Gorlebener Salzstock noch immer nicht vom Tisch. Die Auseinandersetzung führt Zehntausende Atomkraftgegner\*innen ins Wendland – und bei vielen zu Erlebnissen, die bis heute prägen. Eine Auswahl

## 10 Die nächsten 40 Jahre

**Analyse** | Die ersten vier Jahrzehnte des Gorleben-Widerstandes sind eine Erfolgsgeschichte – doch ihr fehlt bisher das Happy-End



## 12 Doppel-Risiko

**Hintergrund** | Das AKW Gundremmingen ist das gefährlichste in Deutschland. Block B muss laut Gesetz spätestens Ende des Jahres vom Netz. Hilf mit, auch den baugleichen und gleich alten Block C jetzt abzuschalten

## 14 Atommüll auf dem Neckar

**Hintergrund** | 15 Castor-Behälter mit abgebrannten Brennelementen sollen ab diesem Frühjahr über den Neckar ins bröckelige Zwischenlager Neckarwestheim schippern. Fragen und Antworten

## 16 „Ich fahre den Castor“

**Porträt** | Daniel Knoll, 29, hat 2011 mitgeholfen, dem Reaktor Neckarwestheim-1 den Stecker zu ziehen. Im „Bündnis Neckar castorfrei“ bereitet er nun Proteste gegen die geplante Verschiffung hochradioaktiven Atommülls vor – und erlebt dabei auch ganz neue Perspektiven

## 18 Ausstieg – aus den Kosten

**Hintergrund** | Gute, schlechte und absurde Fakten zum Deal zwischen Bundesregierung und Atomkonzernen zu den Atom-Folge-Kosten, zum Verfassungsurteil zum Atomgesetz und zum Wegfall der Brennelemente-Steuer

## 19 .ausgestrahlt-Shop

## 21 Atomkraft in Bulgarien

**Hintergrund** | Das AKW-Projekt Belene, mitten im Erdbebengebiet, ist schon dreimal gescheitert. Aber Totgesagte leben manchmal länger

## 22 Rückblick

## 24 Deutschlands gefährlichstes AKW

**Infografik** | Block B des AKW Gundremmingen muss laut Gesetz Ende des Jahres vom Netz. Block C hingegen, baugleich, soll noch vier Jahre länger laufen dürfen – trotz eklatanter Sicherheitsmängel. Ein Überblick

## Über .ausgestrahlt

**.ausgestrahlt** ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner\*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt ein derzeit 16-köpfiges **Team** von Ehrenamtlichen, Angestellten und PraktikantInnen.

[www.ausgestrahlt.de/ueber-uns](http://www.ausgestrahlt.de/ueber-uns)

Dieses **.ausgestrahlt-Magazin** erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir.

[www.ausgestrahlt.de/magazin](http://www.ausgestrahlt.de/magazin)

Der **.ausgestrahlt-Newsletter** informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.

[www.ausgestrahlt.de/newsletter](http://www.ausgestrahlt.de/newsletter)

Ab Ende März haben wir wieder Platz für **Praktikant\*innen**. [www.ausgestrahlt.de/praktikum](http://www.ausgestrahlt.de/praktikum)

## Kommen und Gehen

**Alexander Sasse**, Jahrgang 1978 und Vater von zwei Kindern, sorgt beruflich für den reibungslosen Betrieb zahlreicher Solaranlagen. Weil das alleine nicht reicht, um die AKW abzuschalten, verstärkt er seit Januar das ehrenamtliche .ausgestrahlt-Team. Verzichten müssen wir leider auf die kontinuierliche Mitarbeit von **Silke Freitag**, die andere Projekte gerade zu sehr fordern; mit Rat und Tat bleibt sie .ausgestrahlt jedoch nicht nur im Herzen verbunden.

## Spendenkonto

**.ausgestrahlt e.V.**

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.

## Impressum

**.ausgestrahlt**

Marienthaler Straße 35

20535 Hamburg

[info@ausgestrahlt.de](mailto:info@ausgestrahlt.de)

[www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de)

**Redaktion:** Armin Simon, Jochen Stay, Julia Schumacher

**Bildredaktion:** Andreas Conradt

**Mitarbeit:** Carolin Franta, Helge Bauer, Jürgen Rieger, Klara Olshausen, Lisa Kaczmarek, Pauline Geyer, Regine Richter, Sarah Lahl, Ute Bruckart

**Gestaltung:** Holger M. Müller ([holgermmueller.de](mailto:holgermmueller.de)); Entwurf:

Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

**Druck:** Veters, Radeburg, auf Recyclingpapier

**Auflage:** 51.000

**V.i.S.d.P.:** Jochen Stay

**.ausgestrahlt**  
gemeinsam gegen atomenergie



Foto: Timo Voigt / randbild.de

Castor-Protest: 2010 im Wendland, demnächst im Neckartal!

# Castor stoppen, AKW abschalten

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

erstmals seit sechs Jahren müssen Atomkraftgegner\*innen in diesem Frühjahr wieder mit Castor-Alarm rechnen. Diesmal rollen die Transporte allerdings nicht nach Gorleben, sondern schwimmen durch das Neckartal in Baden-Württemberg. 15 Behälter mit abgebrannten Brennelementen aus dem AKW Obrigheim will der staatliche Energiekonzern EnBW zum AKW Neckarwestheim transportieren, um sie dort in Stollen im brüchigen Kalkgestein abzustellen. Doch der Protest formiert sich (Seite 14-17); Auftakt ist die große Anti-Atom-Demo am 4.3. in Heilbronn. Bist Du dabei?

200 Kilometer weiter, im bayerischen Gundremmingen, steht das gefährlichste AKW der Republik: zwei fast 33 Jahre alte Reaktoren (Block B und C) mit gravierenden Sicherheitsmängeln (siehe Seite 12/13, 24). Nur einer der beiden, Block B, muss Ende des Jahres

vom Netz. Der andere, obwohl baugleich und gleich alt, soll noch vier Jahre länger laufen. Gemeinsam mit Bündnispartner\*innen will .ausgestrahlt Druck machen, dass beide Reaktoren 2017 vom Netz müssen – gelingen wird dies jedoch nur, wenn viele etwas dafür tun. Auch hier zählen wir auf Dein Engagement.

Doch das ist noch lang nicht alles: Aktiv werden kannst Du auch bei den Aktionen zu „40 Jahre Gorleben“ am 18. Februar und 2. Juni (Seite 9), den bundesweiten Protesten zum Fukushima-Jahrestag rund um den 11. März (Seite 5) und schließlich bei der 92 Kilometer langen Menschenkette durch drei Länder von Aachen (D) über Maastricht (NL) und Lüttich (B) nach Tihange (B) am 25. Juni. Die wird nur gelingen, wenn mehr als 60.000 Menschen mitmachen (Seite 5). Wie viele bringst Du mit?

„Die Legende vom Salzstock“ überschrieb der Schriftsteller Andreas Maier vor etlichen Jahren einen Artikel in der „Zeit“ über das

Atommüll-Projekt Gorleben. Er enthüllte, wie unglaublich viele Leute glauben, der Castor werde unter der Erde eingelagert. Tatsächlich steht aller Atommüll in Gorleben bis heute in oberirdischen Hallen. Das geplante geologische Tiefenlager im maroden Salzstock ist nach wie vor nicht fertig – ein immenser Erfolg des seit Jahrzehnten anhaltenden Widerstands. Hunderttausende haben dazu beigetragen, viele dabei Erfahrungen gemacht, die sie bis heute prägen (Seite 6-9). Jetzt droht eine neue Legende: Gorleben sei bei der angeblich „neuen“ Standortsuche vom Tisch. Das Gegenteil ist richtig: Alles läuft am Ende mit großer Wahrscheinlichkeit wieder genau auf Gorleben hinaus – wenn nicht weiterer Widerstand eben dies verhindert (Seite 10/11).

Armin Simon  
und das ganze .ausgestrahlt-Team



Foto: IAEA

Baujahr 1979, aber dafür zum Schleuderpreis von 1 CHF zu haben – das AKW Gösgen

## Nicht mal geschenkt

Der Schweizer Energiekonzern Alpiq hat nach einem Bericht der Schweizer „Sonntagszeitung“ sowohl dem staatlichen französischen Atomstrom-Konzern EDF als auch dem Schweizer Bundesstaat die Übernahme der Atommeiler Leibstadt und Gösgen angeboten – „als Geschenk“ beziehungsweise zum symbolischen Preis von einem Franken. Sowohl EDF als auch der Schweizer Staat lehnten das Angebot jedoch ab. Das geht laut der Zeitung aus einem internen Protokoll der Umweltkommission des Nationalrats hervor. Demnach klagte der AKW-Betreiber, die Reaktoren würden bloß noch Verluste erwirtschaften. Eine Abschaltung der Meiler ohne Entschädigung lehnte Alpiq dennoch ab. Ein Referendum, das eine Begrenzung der AKW-Laufzeiten auf 45 Jahre vorsah, scheiterte Ende November knapp.

## Österreich bekommt eigenen Strommarkt

Die bisherige gemeinsame Strompreiszone zwischen Deutschland und Österreich wird Mitte 2018 aller Voraussicht nach aufgehoben. Die Bundesnetzagentur forderte die Übertragungsnetzbetreiber auf, die dafür nötigen Vorbereitungen zu treffen. Stromhändler aus Österreich, die in Deutschland Strom einkaufen wollen, müssen dann zunächst entsprechende grenzüberschreitende Leitungskapazitäten nachweisen. Insbesondere in Starkwindzeiten wird das die Stromexporte von Windstrom aus Norddeutschland nach Österreich limitieren. Dies entlastet sowohl die innerdeutschen Nord-Süd-Leitungen als auch die als Umleitungsstrecke genutzten Stromnetze in Polen und Tschechien. Bisher wird in solchen Situationen häufig mehr Strom aus Norddeutschland verkauft, als die Leitungen physikalisch transportieren können. Diesen Widerspruch zwischen Strommarkt und Physik müssen die Netzbetreiber ausgleichen, indem sie Reservekraftwerke in Süddeutschland anfahren lassen, die dann den eigentlich in Norddeutschland billig eingekauften Strom teuer produzieren – das sogenannte Redispatch. Die Abtrennung des österreichischen Strommarkts wird sowohl das Redispatch als auch den Bedarf an vorzuhaltenden Reservekraftwerkskapazitäten in Süddeutschland reduzieren. Das erleichtert die Abschaltung aller süddeutschen AKW.

Foto: Steindly

## Fukushima doppelt so teuer

Die direkten Kosten durch den Super-GAU von Fukushima werden sich nach einer neuen Berechnung des japanischen Wirtschaftsministeriums auf 22 Billionen Yen (etwa 180 Milliarden Euro) summieren. Das ist doppelt so viel wie bei der letzten Schätzung von 2013. Allein die Kosten für den Rückbau der havarierten Meiler haben sich demnach von 2 auf 8 Billionen Yen (66 Milliarden Euro) vervierfacht. Der erwartete Aufwand für Entschädigungszahlungen steigt von 5,4 auf knapp 7,9 Billionen Yen (65 Milliarden Euro), der für die Lagerung des Atommülls von 3,6 auf 5,6 Billionen Yen (46 Milliarden Euro). Alle Zahlen sind nur vorläufig, indirekte Belastungen wie etwa gestiegene Gesundheitskosten sind in der Rechnung gar nicht erfasst. Den größten Teil der Summe müsste AKW-Betreiber Tepco tragen. Um dessen Ruin abzuwenden, will die Regierung die Kredite an ihn auf 14 Billionen Yen (mehr als 110 Milliarden Euro) erhöhen. Dass Tepco dieses Geld je wird zurückzahlen können, ist äußerst unwahrscheinlich.



## Atomstrom in Deutschland immer noch subventioniert

Atomenergie profitiert auch in Deutschland noch von massiven impliziten Subventionen. Darauf weist das Umweltbundesamt in einem aktuellen Bericht hin. An erster Stelle nennt es dabei die viel zu geringe Deckungsvorsorge – also das Geld, das sicher zur Verfügung steht, um die durch einen Atomunfall verursachten Schäden zu begleichen. In Deutschland sind das insgesamt 2,5 Milliarden Euro – verglichen mit der zu erwartenden Schadenshöhe ein Tropfen auf den heißen Stein. Müssten die AKW-Betreiber das reelle Schadensrisiko versichern, wäre, so halten die Experten fest, „die Kernenergie als Energieträger nicht konkurrenzfähig“.

## Frieren dank Atomkraft

„Atomkraftgegner überwintern bei Kerzenlicht und kaltem Hintern“ – mit solchen Sprüchen machte die Atom-Branche einst Stimmung gegen ihre Kritiker\*innen. In der Realität ist die Gefahr, auf einmal frierend im Dunkeln zu sitzen, vor allem dort besonders groß, wo besonders viele Atomkraftwerke stehen: in Frankreich. Im kalten Winter, Mitte Januar, stehen dort neun Atomkraftwerke wegen gravierender Sicherheitsmängel still. Ein Krisenstab in Paris müht sich täglich, Blackouts zu verhindern. Seit Anfang Dezember und mit Ausnahme der verbrauchsarmen Tage zwischen den Jahren gelingt dies nur mit nahezu ununterbrochenen massiven Stromimporten von bis zu 8 Gigawatt. Die französische Anti-Atom-Organisation „Reseau sortir du nucléaire“ kritisiert, dass die Atomaufsicht Reaktoren wegen der prekären Versorgungslage trotz ungeklärter Sicherheitsfragen wieder ans Netz gehen lasse und Abschaltungen hinausgeschoben würden.



Foto: Ralph Appet

Anzeige

**DIE Druckerei für Recyclingpapier**



[www.recyclingflyer.de](http://www.recyclingflyer.de)

## Fukushima mahnt!



An vielen Orten wird es auch rund um den 6. Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima Mahnwachen und Aktionen geben. Eine Übersicht findest Du auf [www.ausgestrahlt.de/jahrestage2017](http://www.ausgestrahlt.de/jahrestage2017)

Dein Ort ist noch nicht dabei? Dann organisiere selbst ein Event! .ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material und praktischen Tipps.

## Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“

Die .ausgestrahlt-Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“ informiert auf 15 Plakaten mit Fotos, Grafiken und kurzen Texten über die beiden Reaktorkatastrophen – gut geeignet für alle Orte mit Publikumsverkehr. Weitergehende Fragen beantwortet die .ausgestrahlt-Broschüre „Tschernobyl und Fukushima“. Bestellung auf Seite 20.

## ... für Schulen umsonst

Auch für Schüler\*innen ist die Ausstellung ein guter Einstieg ins Thema oder Anlass, über die Gefahren von Atomkraft zu diskutieren. .ausgestrahlt will die Ausstellung daher möglichst vielen Schulen kostenlos zur Verfügung stellen. Interessiert? Dann schreib an: [carolin.franta@ausgestrahlt.de](mailto:carolin.franta@ausgestrahlt.de) Die Gratis-Vergabe ist nur in dem Umfang möglich, wie Spenden die Herstellungskosten von etwa 60 Euro pro Ausstellung decken. Kannst Du ein Gratis-Exemplar für eine Schule ganz oder anteilig finanzieren? [www.ausgestrahlt.de/ausstellung-schule](http://www.ausgestrahlt.de/ausstellung-schule)



## Menschenkette Aachen–Tihange am 25.6.

Eine 92 km lange Menschenkette von Aachen über Maastricht und Lüttich bis zum belgischen AKW Tihange macht am So, 25. Juni, Druck für die Abschaltung des Risiko-Meilers. Organisiert wird die „Kettenreaktion Tihange“ von Anti-Atom-Initiativen aus Belgien, den Niederlanden und Deutschland und mit Unterstützung von .ausgestrahlt. Termin vormerken!

# Mein Gorleben-Moment

**Collage** | 40 Jahre nach der ersten Standortbenennung ist das geplante Atommülllager im Gorlebener Salzstock noch immer nicht vom Tisch. Die Auseinandersetzung führt Zehntausende Atomkraftgegner\*innen ins Wendland – und bei vielen zu Erlebnissen, die bis heute prägen. Eine Auswahl



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

Schienenspaziergang bei Dannenberg, 2010

## Zaunabbau

Pfingsten 1982, meine erste Nacht-und-Nebel-Aktion im Wald: Ich bin erstaunt, wie leicht sich mit 30 Leuten der Zaun an der Tiefbohrstelle demontieren lässt. Wir sind schon recht weit gekommen, als ein Bulli vom Wachdienst kommt, den wir mit morschen Kiefernstämmchen an der Weiterfahrt hindern. So können wir unerkannt nach Hause fahren. Und ich komme immer gern wieder ...

*Liv Teichmann*

## Fremde Freunde

Wir kommen mit dem VW-Bulli zum Hüttendorf und helfen, an einem Holzhaus zu bauen. Die Situation ist einmalig, voll „fremder Freunde“: Wir kennen uns alle nicht, verstehen uns aber sofort, jede\*r nach ihrer/seiner Einstellung zum Leben. Wenn die Nacht kommt, wird es mystisch im Dorf. Unvorstellbar. Aus dieser gewaltigen inneren Kraft heraus wissen wir: Diesen Kampf werden wir gewinnen.

*Jörg Grützmann*

## Kranichzug

Castor 2010, „X-tausendmal quer“: Als ich die Augen aufschlage, wird es gerade hell. Genau in der Himmelsschneise über mir, zwischen Kieferwäldern rechts und links der Straße, fliegt ein Kranichzug! Die Rufe der Vögel haben mich geweckt. Dieses Glücksgefühl hält bis heute an! Und egal wie anstrengend und kalt die 44 Stunden waren: zur Verhinderung eines Atommülllagers im Salzstock Gorleben werde ich es immer wieder tun – auch mit einem Lächeln, weil ich mich an den besonderen Moment erinnere.

*Claudia von Wachtendonck*



## Spielzeugtrecker

Eine große Treckerdemo ist in der Nähe des Verladekrans angemeldet. Ein riesiges Polizeiaufgebot bewacht die Gleise. Zur angekündigten Zeit kommen circa 20 kleine Kinder mit ihren Spielzeugtraktoren angefahren ...

*Irmgard Born*



Foto: Grützmann



22. Februar 1977: Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) bestimmt Gorleben zum Standort des geplanten „Nuklearen Entsorgungszentrums“.

12. März 1977: Erste **Demo** mit 16.000 Menschen auf der für den Atomkomplex vorgesehenen Waldbrandfläche.

25. – 31. März 1979: Der „Treck nach Hannover“ schwilt dort zur Großdemo mit 100.000 Menschen an. Albrecht erklärt die Plutonium-Fabrik („Wiederaufarbeitungsanlage“, WAA) in Gorleben für politisch nicht durchsetzbar. Am Atommülllager hält er fest.

## No Pasaran!

Wieder geht's nicht weiter, kurz vor Gedelitz stehen Traktoren quer auf der Landstraße. Zwischen ihnen und dem ersten von etwa 30 Polizei-Mannschaftswagen sitzen zwei ältere Herren mitten auf der Fahrbahn. Links und rechts neben der weißen Linie haben sie sich nebeneinander niedergelassen, der eine auf Stroh, der andere in seinem Rollstuhl. Auf die Räumungsaufforderung der Polizei hin rollen zwar die Traktoren zur Seite, nicht aber die beiden Männer. Langsam wird's dunkel, der nächste Novemberabend tropft ins Wendland. Nach langen Minuten grim-migen Ausharrens hier und stiller Unentschlossenheit dort macht das erste Fahrzeug einen mühsamen Wenderversuch, das nächste ebenfalls, die gesamte Kolonne macht kehrt. Johlender Beifall von 200 Menschen. No Pasaran! Sie sind wirklich nicht durchgekommen. Hier jedenfalls nicht. Heute noch nicht.

*Götz Rubisch*



Foto: Andreas Conradt / PubliKriewing

Dannenberg, 2011

## Peace Team

Irgendwann nach der großen Sitzblockade im März 1997 vor dem Verladekran lese ich den gut 40-seitigen Bericht des „Gorleben International Peace Team“: Leute aus Ecuador, Mazedonien, Nigeria und den USA, die eigens zur Beobachtung der Menschenrechtslage beim Castor-Transport gekommen waren. Eine heilsame Umkehrung der Perspektive der „westlichen Welt“.

*Stephan Pickl*

## Viel Kraft

Schlafsäcke zur Blockade bringen – den Auftrag übernehme ich gerne. Und ganz schnell bin ich selbst „mittendrin“. Wie selbstverständlich nehmen mich Helmreich, Erika, Johannes und Martina mit in ihre Gruppe. Zusammen bauen wir uns ein „Lager“. Noch nie habe ich im November draußen genächtigt und schon gar nicht auf der Straße. Aber es ist klar, dass ich bleibe. Am Mittag die Räumungsaufforderung der Polizei, wir setzen uns. Zwei Leute klettern auf Laternen: „Gegen unsere Lebendigkeit seid ihr machtlos!“ Am Ende bin ich ausgebrannt und müde, aber nicht mit dem Gefühl einer Niederlage. Ich werde wiederkommen, ich habe gemerkt, wie viel Kraft entsteht, wenn Leute sich zusammenschließen gegen den atomaren Wahnsinn.

*Christoph Dembowski*

## Kinderfragen

Für die Kinder ist die Demo in Gorleben 2002 wie Fasching: Bauern werfen Anti-Atom-Bonbons von ihren Treckern, Sambagruppen spielen. Als wir das Zwischenlager erreichen, säumen lange Reihen von Uniformierten unseren Weg. Der Freund meines Sohnes ist absoluter Polizistenfan. Mit unermüdlichem Eifer sagt er freundlich „Guten Tag“ und will jedem die Hand geben, was aber auf wenig Gegenliebe stößt; nur ein paar bringt er zum Lächeln. „Die sind hier aber nicht sehr nett, die Polizisten“, sagt er nach einer Weile: „Vor wem beschützen die uns denn?“

*Anja Kraus*



Foto: Jan Precht

## Gutes Gefühl

2. April 2011: Nach Fukushima und Großdemos liegen acht AKW vorläufig still. Wir machen uns auf nach Gorleben, um den Druck auf die Politik hochzuhalten. Die Hoffnung ist überall zu spüren, dass auch Gorleben endlich kippen könnte. Strotzend vor Selbstbewusstsein, die verhasste Atomwirtschaft und ihre politischen Handlanger am Ende doch in die Knie zwingen zu können, klettere ich auf einen Trecker am Wegesrand und schwenke stolz die Anti-Atom-Sonne im Frühlingswind. Ein gutes Gefühl, mein Gorleben Gefühl!

*Jan Precht*

3. Mai – 4. Juni 1980: 5.000 Menschen besetzen das Gelände der Tiefbohrstelle 1004, mit der der Salzstock erkundet werden soll, und rufen die „Republik Freies Wendland“ aus. Nach 33 Tagen plant die Polizei das Dorf mit Bulldozern.



Foto: Günter Zint

1. November 1982: Die in Gorleben nicht durchsetzbare Plutoniumfabrik soll im 30 Kilometer weiter westlich gelegenen **Dragahn** entstehen.

4. September 1982: Als Reaktion auf den Baubeginn der Zwischenlager-Hallen in Gorleben kommen 10.000 Menschen zum „**Tanz auf dem Vulkan**“.



Foto: Andreas Conradt / PubliViewing

## ☀ Suppe ohne Grenzen

Am Ortseingang von Gorleben versperrt 2011 eine Polizeikette den Zugang zur Blockade von „X-tausendmal quer“, aber eine kleine, alte Dame will dort durch. Auf einem Bollerwagen zieht sie einen großen Suppentopf hinter sich her. Sie trifft auf Polizisten, die sie um zwei Köpfe überragen und ihr den Weg versperren. Beherzt schiebt sie sich an den Beamten vorbei, schaut sie streng an und sagt: „Jungchen, das traut ihr euch nicht!“ Recht hatte sie! *Vera Graap*

## ☀ Hale-Bopp und große Bärin

Wir liegen in unseren Schlaftüten auf Strohsäcken und schauen in den Himmel. Trotz des scheußlichen Anlasses ist die Nacht traumhaft schön. Den tollsten Anblick bietet der Komet Hale-Bopp mit seinem gleißenden Schweif, 1997 erleuchtet er unseren zivilen Ungehorsam. Neben mir liegt Tom, Astronomie-Student. Von ihm lerne ich in dieser Nacht, dass der „Große Bär“ eigentlich eine Bärin ist. Sie war zu Lebzeiten die Nymphe Kallisto, Götter-Chef Zeus hatte sie geschwängert, seine eifersüchtige Ehefrau Hera verwandelte sie in eine Bärin, die Zeus dann zum Gestirn machte. Immer wenn ich das Sternbild sehe, erinnere ich mich an diese Nacht. *Ariane Dettloff*



Foto: Dieter Schaarschmidt



Foto: Rainer Erhard



Foto: Günter Zint

## ☀ Unterschlupf

Mit vielen anderen stehe ich nicht weit vom Tor des Zwischenlagers am Waldrand. Die Straße ist von Polizisten flankiert. Als die ersten Castoren in Sicht kommen, schießen Wasserwerfer in Richtung Wald. „Ihre Kollegen werden sie wohl kaum beschießen“, denke ich und rücke auf die Polizeikette vor. Plötzlich entdeckt mich ein Polizist, winkt mich heran, weist auf einen Platz hinter sich und sagt: „Hier sind Sie sicher.“ *Regina Schulze*

## ☀ 40 Jahre

Auch ich werde dieses Jahr 40 Jahre alt und war schon mehrfach dienstlich als Polizeibeamter in und um Gorleben im Einsatz. Am 6. November 2010 nahm ich als Bürger protestierend an der Anti-Atom-Demo in Dannenberg teil. Ich kann nur hoffen, dass es nicht weitere 40 Jahre dauert, bis das letzte AKW keinen Giftmüll mehr verursacht. *(Name der Redaktion bekannt)*

## ☀ Referate

Als Physiklehrer veranlasst mich der Gorleben-Konflikt Ende der 1970er Jahre, meine 10. Realschulklasse mit Referaten zum Thema Energie zu beauftragen. Am Ende ist die gesamte Klasse einschließlich mir der Überzeugung, dass es nicht zu verantworten ist, auf Atomenergie zu setzen. *Jürgen Faber*

5. September 1983: Erste Genehmigung zur Einlagerung hochradioaktiven Atommülls im **Zwischenlager Gorleben**.

8. Oktober 1984: Erste Anlieferung von schwachradioaktivem Müll in das **Fasslager Gorleben**. Blockaden halten den Transport immer wieder auf.

4. Februar 1985: Das Projekt **WAA Dragahn** wird nach Protesten aufgegeben.

1990: Baubeginn für die **Pilot-Konditionierungs-Anlage (PKA)** zum Umpacken von hochradioaktivem Atommüll.

25. April 1995: **Erster Castor-Transport** ins Zwischenlager Gorleben. 15.000 PolizistInnen, Wasserwerfer und Schlagstöcke bahnen ihm den Weg.



## Lebenslaute

Ein heiterer Samstagmorgen im Sommer 2009: Etwa 50 Musikerinnen und Musiker übersteigen mit Hilfe einer selbstgebauten Treppe die vier Meter hohe Mauer zum Bergwerksgelände, in Konzertkleidung, mit Instrumenten, Hockern, Notenständern. Auf der anderen Seite nutzen wir eine für Wasserwerfer gebaute Rampe. Als ich nach dem ersten Chorstück aufblicke, sind wir von Polizei umstellt. Sie hindert uns aber nicht, unser Konzert zu Ende zu bringen.

*Gerd Büntzly*



Foto: Lebenslaute

## Hexenschuss

Wegen der Laufzeitverlängerung sitze ich mit 53 Jahren im nasskalten Herbst 2010 auf der Straße – tagelang, denn die Castoren kommen kaum voran. Dann die Räumung: „Moin! Ich steh' kurz vorm Hexenschuss und kann mich nicht wegtragen lassen.“ – „Oh! Kommen Sie denn hoch?“ – „Wird schon gehen ...“ Die beiden Polizisten helfen mir und reichen mir meine Sachen. „Alles ok? Gut, ich fordere Sie auf, ...“ – „Auf keinen Fall gehe ich freiwillig!“ – „Dann müssen wir Sie jetzt abführen!“ Sie haken mich vorsichtig unter und führen mich von der Straße, nicht ohne mich auf Stolperfallen aufmerksam zu machen. Dafür bedanke ich mich. „Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie das hier für die Zukunft unserer Kinder auf sich genommen haben“, sagt der Polizist mit festem Händedruck. Auch sein Kollege zieht den Handschuh aus und reicht die Hand.

*André Podszus*

## Anarchie

Es ist natürlich Rechtsbruch, den Garten unserer Hoffungen dort anzulegen, wo das Atomklo der BRD hin soll. Die zarte Pflanze wird abgeschnitten, zertreten. Doch ich pflanze sie in meine Erinnerung und lese es in euren Gesichtern: Ihr habt sie auch. Wir waren dort. Keiner kriegt uns fort aus dem Dorf, in dem unsere Träume Wurzeln geschlagen haben. Unzählige Dörfer werden entstehen. Sie werden aus der Idee der „Träumer und Pfadfinder“ von 1004 (Innenminister Möcklinghof) eine Realität machen.

*Dieter Halbach*

*(geschrieben 1980 nach der Räumung des Hütten-dorfs der „Republik Freies Wendland“)*



Mehr Gorleben-Momente auf  
[www.ausgestrahlt.de/gorleben](http://www.ausgestrahlt.de/gorleben)

## Noch nie

Ich war noch nie in Gorleben. Aber mir gefällt der Baum so sehr und das „Gorleben soll leben“ und ich danke allen, dass er zu mir kam – mein Herz zu beflügeln, den Mut und die Aktionen zu bewundern. *Bärbel*

## 40 Jahre und kein Ende

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg lädt am **Samstag, 18. Februar** zum **Aktionstag „40 Jahre Gorleben“**, unter anderem mit Trecker-Konvois zur **Kundgebung in Gorleben** (13:00–15:30 Uhr). An den Folgetagen sind weitere Veranstaltungen geplant.

Infos unter [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

Die aktuelle Situation in Gorleben, die geologischen Mängel des Salzstocks, die Tricks von Politik und Atomindustrie, um ein geologisches Tiefenlager in Gorleben durchzusetzen, sowie den vier Jahrzehnte langen vielfältigen Widerstand gegen diese Pläne präsentiert die **überarbeitete und erweiterte .ausgestrahlt-Ausstellung „Gorleben soll leben“**. Die vier Plakate im Format A1 (neu!) gibt's auf Seite 20 oder unter

[www.ausgestrahlt.de/shop](http://www.ausgestrahlt.de/shop)



Aussteller\*innen und Tausende Besucher\*innen der Kulturellen Landpartie im Wendland (25. Mai–5. Juni) ziehen auch dieses Jahr am Pfingsfreitag (**2. Juni**) zur „**Kulturellen Widerstandspartei**“ vor die Gorlebener Atomanlagen. Start 14 Uhr, Programm unter [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

3. – 5. März 1997: Bei der **größten Sitzblockade** in der Geschichte der Bundesrepublik setzen sich 9.000 Menschen dem Castor gewaltfrei in die Quere.

18. Dezember 2000: **Betriebsgenehmigung für die PKA**, vorerst jedoch nur zur Reparatur schadhafter Castor-Behälter.



Foto: Andreas Conradt / PYG

29. August 2009: In Gorleben startet der **Treck nach Berlin**. Bei der Anti-Atom-Demo dort sind 40.000 Menschen und 400 Traktoren unterwegs.

6. November 2010: **50.000 Menschen** protestieren in Dannenberg auf der bisher größten Demo im Landkreis gegen Atomkraft und das geplante geologische Tiefenlager in Gorleben.



# Die nächsten 40 Jahre

**Analyse** | Die ersten vier Jahrzehnte des Gorleben-Widerstandes sind eine Erfolgsgeschichte – doch ihr fehlt bisher das Happy-End

**G**orleben steht seit der Standortbenennung im Februar 1977 für eine üble und für eine ermutigende Geschichte. Einerseits ist es der Ort, an dem Staat und Industrie seit 40 Jahren versuchen, umstrittene Atomprojekte mit allen Mitteln gegen die Bevölkerung durchzusetzen: mit Lug und Trug, mit viel Geld, mit Polizeigewalt, indem sie kritische Wissenschaft mundtot machen, mit Überwachung, juristischen Tricks, durch Kriminalisierung, Schein-Dialoge, Einschüchterung und das Ausblenden geologischer Tatsachen. Andererseits ist Gorleben der Ort, der gezeigt hat, dass es die scheinbar Mächtigen unendlich schwer haben, ihre Pläne durchzusetzen, wenn sich die scheinbar Ohnmächtigen zusammenschließen und wehren.

## Wer hat den längeren Atem?

Viel hat der Widerstand bereits erreicht: Das AKW-Projekt bei Langendorf gestoppt. Die Plutoniumfabrik, verharmlosend „Wiederaufarbeitungsanlage“ (WAA) genannt, in Gorleben wie

im nahegelegenen Dragahn verhindert. Die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) zum Umpacken von hochradioaktivem Müll nie in Betrieb gegangen. In die Castor-Halle rollten in 30 Jahren ganze 13 Transporte, obwohl die Betreiber eine Atommüll-Fuhre pro Woche geplant hatten; inzwischen gilt ein gesetzlicher Castor-Stopp. Das geologische Tiefenlager im Salzstock, das Ende der 1990er Jahre in Betrieb gehen sollte, hat der Widerstand immer weiter verzögert; seit 2012 gibt es einen Baustopp.

Die Geschichte von Gorleben ist eine Erfolgsgeschichte – nur bisher ohne Happy End. Denn auch wenn im wendländischen Widerstand inzwischen die dritte und vierte Generation aktiv ist, bleibt weiter offen, wer am Ende den längeren Atem hat. Seit dem letzten Castor-Transport 2011 ist es von außen betrachtet ruhiger geworden, auch wenn in der Region die Wachsamkeit nicht nachgelassen hat. Doch die Ruhe ist trügerisch: Gorleben ist noch lange nicht vom Tisch.



11. November 2011: Bundesumweltminister Röttgen (CDU) verkündet einen angeblichen „Neustart“ bei der Suche nach einem Atommüll-Lagerplatz.

23. – 28. November 2011: Der 13. und letzte Castor-Transport nach Gorleben braucht wegen zahlreicher Widerstandsaktionen mehr als 5 Tage.



Foto: Kira Becker / PublicViewing

5. Juli 2016: Die **Atommüll-Kommission** empfiehlt Suchkriterien, die so vage sind, dass selbst der marode Salzstock in Gorleben damit weiter als Atommülllager in Frage kommt. Bäuer\*innen aus dem Wendland protestieren mit ihren Traktoren in Berlin.

Die angeblich „weiße Landkarte“ für die Suche nach einem geologischen Tiefenlager hat schon ein großes Loch. Und hält der Widerstand nicht an, rollt der Atommüll-Ball am Ende doch genau dorthin



## Zwischenlager ohne Ende

113 Castor-Behälter voll hochradioaktiver Abfälle stehen im oberirdischen Zwischenlager. Die Halle ist für 40 Jahre genehmigt, bis 2034, für denselben Zeitraum sind auch die Castoren ausgelegt. Was danach mit dem Atommüll geschehen soll, ist völlig unklar. Denn ein geologisches Tiefenlager wird es bis dahin mit Sicherheit nicht geben – selbst im besten Fall wird das Jahrzehnte länger dauern. So steht also im Wald bei Gorleben eine nukleare Altlast allerhöchster Brisanz.

2019 geht die Halle von den AKW-Betreibern an den Staat über, ebenso die PKA. Diese ist als Reparaturwerkstatt für defekte Castoren vorgesehen – möglicherweise auch für Behälter aus anderen Zwischenlagern. Gorleben könnte so erneut zu einem Knotenpunkt des Atommüll-Tourismus werden.

## Wer stimmt gegen Gorleben?

Auf der anderen Straßenseite liegt das Bergwerk. Die Ausbau-Arbeiten im Salzstock sind seit 2012 gestoppt, die oberirdischen Anlagen werden zum Teil sogar zurückgebaut. Bis heute lagert kein Atommüll unter Tage. Aber die Schächte und ein Teil der Stollen werden nicht ohne Grund weiterhin offengehalten: Gorleben ist der einzige im neuen Standortauswahlgesetz namentlich genannte Ort – von wegen Suche auf „weißer Landkarte“.

Die geologischen Kriterien im Gesetz sind so formuliert, dass die Mängel des Salzstocks kaum eine Rolle spielen. Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass am Ende doch wieder alles an Gorleben kleben bleibt.

Nicht zuletzt liegt das auch daran, dass alle Auswahlsschritte im neuen Suchverfahren vom Bundestag getroffen werden sollen. Selbst die besten geologischen Argumente würden so nur bedingt zählen. Um Gorleben zu kippen, bräuchte es vielmehr eine parlamentarische Mehrheit. Die aber ist kaum denkbar, schließlich ist jede Stimme für Gorleben zugleich eine „Nicht in meinem Wahlkreis“-Stimme. So ist es mehr als wahrscheinlich, dass der Standort bis zur für frühestens 2031 anvisierten Endabstimmung im Verfahren bleibt. Und auch bei dieser dürfte das „Alle sind für Gorleben“-Prinzip leicht greifen.

## Union gegen „Bohrlochtourismus“

Die Gorleben-Befürworter\*innen haben stets befürchtet, dass das geologische Tiefenlager am Ende vor Gericht scheitern könnte, weil es nie einen Vergleich mit anderen potenziellen Standorten gab. Dieser Verfahrensfehler wird durch den angeblichen „Neustart“ beseitigt. Zugleich schränkt das Standortauswahlgesetz die Klagemöglichkeiten gegen die vom Bundestag zu treffenden Entscheidungen massiv ein und

reduziert die Beteiligung der Öffentlichkeit auf das Recht, „unterrichtet“ zu werden.

Weil der Staat den Stromkonzernen das Risiko steigender Atommüll-Kosten abgenommen hat, werden diese nicht mehr darauf drängen, den Gorlebener Salzstock wegen der dort schon verbuddelten Milliarden nun auch als Atommüll-lager in Betrieb zu nehmen. Dafür aber wird es aus der Politik entsprechenden Druck geben. Schon spricht sich Michael Fuchs, Fraktionsvize der Union im Bundestag, gegen einen „Bohrlochtourismus“ in ganz Deutschland und damit faktisch gegen den angeblichen Kern des neuen Suchverfahrens aus. Er will Geld sparen, indem jetzt einfach irgendein Standort genommen wird. Fuchs vermeidet, Gorleben zu nennen, aber seine Vorschläge laufen direkt darauf hinaus.

## Zusammenarbeit und Generationswechsel

Der Streit um Gorleben findet derzeit eher selten auf der Straße statt (aktuelle Aktionen siehe Seite 9). Umso wichtiger ist es, dass sich die Aktiven aus dem Wendland mit anderen Betroffenen zusammenschließen. Es gibt 17 Zwischenlager-Standorte in Deutschland, die alle gemeinsam das Problem haben, dass das Haltbarkeitsdatum der Castor-Behälter näherrückt. Zudem werden bald zahlreiche Regionen als potenzielle Standorte eines geologischen Tiefenlagers ausgewählt werden. Da ist Solidarität und Zusammenarbeit gefragt und die Weitergabe von Know-how in Sachen Protest und Widerstand. Alle Regionen gemeinsam müssen deutlich machen, dass sie sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, und ein konsensorientiertes Verfahren mit echter Beteiligung und Vetorecht aller Betroffenen verlangen. Und im Wendland selbst? Da müssen diejenigen, die nach der Standortbenennung 1977 geboren sind, in die Verantwortung dafür gehen, was in den nächsten 40 Jahren in Gorleben passiert. Damit die Geschichte auch wirklich ihr Happy End bekommt.

Jochen Stay

1. Januar 2019: Castor-Halle und PKA gehen an den Staat über; der zahlt sogar dafür.

1. Januar 2020: Das Fasslager geht (ebenfalls gegen Geld) an den Staat über.

2031: Laut Gesetz soll die Standortentscheidung über ein geologisches Tiefenlager für hochradioaktiven Atommüll fallen.

2034: Die Genehmigung der Castor-Halle läuft aus.

2050: Inbetriebnahme eines geologischen Tiefenlagers für hochradioaktiven Müll – jedenfalls laut Gesetz. Expert\*innen halten diesen Zeitplan allerdings für äußerst unrealistisch.

ca. 1000000: Strahlung des Atommülls ist auf das Niveau von natürlichem Uran abgeklungen.



Foto: Tobias Witzgott

Block A (schwarz) ist seit einem Unfall Anfang 1977 außer Betrieb. Block B (weißer Zylinder) verdeckt den baugleichen Block C – noch laufen beide, wie die Kühldampfschwaden zeigen

# Doppel-Risiko

**Hintergrund | Das AKW Gundremmingen ist das gefährlichste in Deutschland. Block B muss laut Gesetz spätestens Ende des Jahres vom Netz. Hilft mit, auch den baugleichen und gleich alten Block C jetzt abzuschalten**

## 13.01.1977

Totalschaden in Block A

Gundremmingen A geht 1966 als damals größter Leistungsreaktor der Welt in Betrieb. Gut zehn Jahre später, am 13. Januar 1977, ist es nass und kalt. An den Isolatoren der Freileitungen bildet sich Raureif, was zu Kurzschlüssen führt. Der Reaktor muss schnellabschalten, dabei kommt es zu Fehlfunktionen: Der Druck im Reaktorkern steigt, mehrere Hundert Grad heißes Wasser schießt heraus. Zwar gelingt es, die Kettenreaktion zu stoppen. Im Reaktorgebäude aber steht das radioaktive Wasser meterhoch und verursacht einen Totalschaden. Wie viel Strahlung bei dem Unfall in die Umwelt gelangt, wird nie offiziell bekannt gegeben.

**D**eutschlands gefährlichstes AKW steht an der Donau, je etwa 40 Kilometer von Ulm und Augsburg entfernt: das AKW Gundremmingen. Schon der erste Meiler hier, Block A, 1966 als damals weltgrößter Leistungsreaktor in Betrieb genommen, lief gerade einmal zehn Jahre, bevor bei einem Unfall radioaktives Wasser austrat und zum wirtschaftlichen Totalschaden der Anlage führte (siehe Randspalte); der Reaktor ging danach nie wieder ans Netz. Der Atom-Geschichte Gundremmingens tat das keinen Abbruch: Auf dem Gelände waren schon zwei weitere Meiler in Bau. Block B und Block C gingen 1984 mit wenigen Monaten Abstand in Betrieb, das AKW war damit erneut das größte deutschlandweit – und das bis heute. An keinem anderen Standort sind noch zwei Reaktoren in Betrieb.

### Die letzten Siedewasserreaktoren

Die beiden Gundremminger Reaktoren sind auch die letzten vom Typ „Siedewasserreaktor“, die in Deutschland noch laufen. Bei diesem Reaktortyp – zu dem auch die havarierten Meiler in

Fukushima zählten – führt der radioaktive Hauptkreislauf von den Brennelementen im Reaktorkern ohne Zwischenbarriere direkt zu den Turbinen. Eine bauartbedingte Schwachstelle, denn die Rohre mit dem unter großem Druck stehenden heißen und kontaminierten Dampf aus dem Reaktorkern verlassen dazu sowohl den Sicherheitsbehälter als auch das Reaktorgebäude (siehe Grafik Seite 24). Kommt es dort zu einem Leck, ist die Gefahr, dass der Reaktor „leerläuft“ und die Brennstäbe überhitzen, besonders groß. Zudem kann Radioaktivität leichter ins Freie gelangen.

Zu den sicherheitstechnisch nachteiligen Eigenarten von Siedewasserreaktoren gehört zudem, dass die Steuerstäbe, die bei einem Notfall die Kettenreaktion sofort stoppen müssen, nicht in den Reaktorkern hineinfliegen können, sondern von unten hineingepresst werden müssen – was deutlich leichter schiefgehen kann. Darüber hinaus liegen die mit hochradioaktivem Atom-müll vollgepackten Brennelemente-Lagerbecken außerhalb des Sicherheitsbehälters, sind also nur durch die Hülle des Reaktorgebäudes selbst von der Außenwelt getrennt. Besondere Eile, die

abgebrannten Brennelemente so bald wie möglich aus den Becken wieder zu entfernen und in Castor-Behälter zu packen, was aus Sicherheitsgründen sinnvoll wäre, legte der Betreiber RWE nicht an den Tag: Ende 2014 lagerten manche der Brennelemente in Gundremmingen schon 28 Jahre im Abklingbecken.

Ein Gutachten des ehemaligen Leiters der Bundesatomaufsicht, Wolfgang Renneberg, benennt weitere Sicherheitsmängel der Gundremminger Reaktoren. Demnach sind etwa die Reaktordruckbehälter falsch konstruiert, so dass bei einem Unfall mit Druckstoß die Bodenschweißnaht aufreißen könnte. Außerdem entspreche das Notkühlsystem der Reaktoren nicht den gesetzlichen Anforderungen. Der Betreiber hat dies mit einem Gegengutachten zu widerlegen versucht, die bayerische Atomaufsicht wiegelt ab. Dennoch zog RWE den jahrelang verfolgten Antrag auf Leistungserhöhung beider Reaktoren kurz nach Publikation des Renneberg-Gutachtens zurück.

Die Störfallsicherheit der Notkühlsysteme ist derzeit weiter umstritten. Das Bundesumweltministerium hält Unterlagen zu dem Fall unter Verschluss. Konkret geht es um Papiere zu den Beratungen und zur Meinungsbildung der Reaktorsicherheitskommission aus den 1970er und 1980er Jahren, aus denen hervorgehen könnte, inwiefern die Sicherheitsdefizite bereits bei Bau und Inbetriebnahme des AKW Thema waren. Unterlagen aus der Reaktorsicherheitskommission, argumentierte das Ministerium gegenüber einer Abgeordneten, die Akteneinsicht verlangt hatte, dürften nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Andernfalls sei die Effektivität des Gremiums in Gefahr. Die Abgeordnete klagt auf Herausgabe, ein letztinstanzliches Urteil steht noch aus.

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center 2001 untersuchte die Gesellschaft für Reaktorsicherheit, ob die AKW in Deutschland den Absturz eines großen Passagierflugzeugs überstehen würden. Die Gundremminger Reaktoren schnitten dabei schlechter ab als alle anderen heute noch laufenden Meiler. Nachweise, die Gegenteiliges belegen würden, liegen einem „taz“-Bericht zufolge auch 15 Jahre später noch nicht vor.

Ein Super-GAU in Gundremmingen würde das Aus für die Region bedeuten. Selbst nach optimistischen Szenarien, die das Bundesamt für Strahlenschutz einmal durchgerechnet hat, müsste ganz Süddeutschland mit Evakuierungen und dauerhaften Umsiedlungen rechnen.

Block B und C sind baugleich und beide schon fast 33 Jahre in Betrieb. Es gibt keinen sachlichen Grund, warum laut Atomgesetz nur

Block B 2017 vom Netz muss und Block C noch vier weitere Jahre laufen dürfen soll. Weder Block B noch Block C werden zudem für die Stromversorgung Süddeutschlands benötigt.

### Keine Gesetzesänderung nötig

Angesichts der gravierenden Sicherheitsdefizite der Gundremminger Reaktoren könnte die Atomaufsicht ihnen sofort und ohne jede Gesetzesänderung die Betriebserlaubnis entziehen oder sie zumindest so lange vorläufig stilllegen, bis RWE etwa das Notkühlsystem den Anforderungen entsprechend nachgerüstet und ausstehende Nachweise erbracht hat. Was dafür derzeit fehlt, ist vor allem der politische Rückhalt. An diesem Punkt setzt die von „ausgestrahlt“ gemeinsam mit Bündnispartner\*innen initiierte Aktion „Wer B sagt, muss auch C sagen“ an: Druck auf die Politik zu machen, das akute Sicherheitsrisiko in Gundremmingen endlich ernst zu nehmen – und dafür zu sorgen, dass 2017 nicht nur einer, sondern beide Reaktoren vom Netz gehen. *Armin Simon*

## Block B und Block C abschalten!

Das AKW Gundremmingen wird immer älter und gefährlicher. Es erzeugt jeden Tag Atom-müll, für den es keine sichere Entsorgung gibt. Dabei wird das Kraftwerk zur Stromversorgung nicht mehr benötigt. Mach Druck, die beiden noch laufenden Reaktorblöcke B und C 2017 abzuschalten:

- Unterschreibe die Abschalt-Forderung und sammle weitere Unterschriften bei Freund\*innen, Nachbar\*innen und Kolleg\*innen!
- Verteile Flyer und hänge Plakate auf, um das Thema publik zu machen!
- Wirb online und in Deinen sozialen Medien für „Wer B sagt, muss auch C sagen“!

Unterschriftenlisten, Flyer, Plakate und Hintergrund-Informationen kannst Du kostenlos bestellen – siehe Seite 19. Online unterschreiben geht auf [www.ausgestrahlt.de/akw-gundremmingen](http://www.ausgestrahlt.de/akw-gundremmingen)

Anzeige

## Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



## Auf nach Schönau!

### Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

# Atommüll auf dem Neckar

**Hintergrund** | 15 Castor-Behälter mit abgebrannten Brennelementen sollen ab diesem Frühjahr über den Neckar ins bröckelige Zwischenlager Neckarwestheim schippern. Fragen und Antworten



## Um was für Atommüll geht es?

Um 342 hochradioaktive, abgebrannte Brennelemente des 2005 stillgelegten AKW Obrigheim sowie um 18 radioaktive, aber spaltstofffreie Dummy-Brennelemente. Derzeit lagern sie alle im Nasslager des Reaktors. EnBW will sie im Laufe des Jahres in 15 Castor-Behälter packen und in das Zwischenlager beim AKW Neckarwestheim verfrachten.

## Wie sollen die Transporte ablaufen und welche Route nehmen sie?

Geplant sind fünf Transporte, mit dem ersten ist bereits im Frühjahr zu rechnen. Jeweils drei Castoren sollen auf Tiefladern auf einen Schubleichter [Schiff ohne Motor] rollen. Ein Motorschiff soll diesen dann mitsamt seiner brandisanten Fracht 50 Kilometer flussaufwärts nach Neckarwestheim schieben. Eine Tour

wird – ohne Verzögerungen – ein bis zwei Tage dauern. Die Schiffsroute führt durch dichtbewohnte Gebiete, unter anderem mitten durch Heilbronn, und passiert sechs Schleusen und 22 Brücken. Am AKW Neckarwestheim sollen die Lkw wieder an Land und dann die restlichen Meter bis zum dortigen Zwischenlager rollen.

## Sind Schubleichter „unsinkbar“, wie EnBW behauptet?

Im Gegenteil: Havarien, bei denen Leichter selbst auf Flüssen mitsamt ihrer Ladung kentern oder steuerlos an Ufer, Brücken oder Schleusenbauwerke krachen, kommen regelmäßig vor. So ging erst im Dezember 2016 ein Leichter im Rhein bei Duisburg unter, im November sank ein Schubleichter samt Schlepper in der Donau nach Kollision mit einer Brücke, Ende 2015 sanken zwei Leichter im Roßlauer Industriehafen und so weiter. Größeres Aufsehen erregte ein Unfall im Juni 1987 bei Karlsruhe, wo ein Motorschiff mit angekoppeltem Schubleichter einen Pfeiler der Eisenbahnbrücke über den Rhein rampte. Die Schiffe legten sich dabei erst quer, dann übereinander und sanken schließlich beide. Sie konnten erst nach Wochen und zum Teil unter Umgehung jeglicher Sicherheitsvorschriften geborgen werden, wobei das eine Schiff dazu mit Seilsägen komplett auseinandergesägt werden musste.

## Welche Strahlengefahr geht von einem Castor-Transport aus?

Trotz der schon langen Abklingzeit des Strahlenmülls kann ein einzelner Castor noch ein radioaktives Inventar von bis zu 145 Billionen Becquerel ( $1,45 \times 10^{17}$  Bq) enthalten; das entspricht dem radioaktiven Fallout mehrerer Atombomben.

## Was kann bei einem Unfall passieren?

Die Behälter könnten beschädigt und unter Umständen undicht werden, radioaktive Stoffe ins Freie gelangen. Dies gilt insbesondere, wenn ein Castor etwa bei einem Schiffsunfall stark gequetscht und/oder eingeklemmt würde.

**Ist der Transport gegen Anschläge geschützt?**

Nein. Die Behörden selbst halten bei Atom-mülltransporten inzwischen auch einen Beschuss und/oder Angriffe mit Sprengstoffexplosionen für denkbar. Castoren auf einem Schiff auf dem engen Neckar zwischen teils bewaldeten Bergen sind da ein besonders leichtes Ziel. Das „Sicherheits“-Konzept ist geheim – damit potenzielle Angreifer\*innen die vorhandenen Lücken nicht erkennen.

**Wie ist es um die Sicherheit des Zwischenlagers in Neckarwestheim bestellt?**

Es besteht aus zwei Stollen im Hang eines ehemaligen Kalksteinbruchs. Grundwasser und Regen waschen jedes Jahr bis zu 1.000 Kubikmeter neue Hohlräume unter AKW und Zwischenlager aus. Bei einem Einsturz der Stollen könnten die Castor-Behälter beschädigt und/oder verschüttet werden; Letzteres würde ihre Kühlung behindern, die Behälter wären auch nicht mehr zugänglich. Hochradioaktive Stoffe könnten ins Freie gelangen. Der Steinbruch von Neckarwestheim ist deshalb ein denkbar schlechter Platz, um hochradioaktiven Atom-müll zu lagern.

**Lösen die Transporte nach Neckarwestheim das Atom-müll-Problem?**

Nein. Auch in Neckarwestheim kann der Atom-müll auf Dauer nicht bleiben. Das Lager ist im Übrigen nur bis 2046 genehmigt ... Jeder Castor-Transport stellt schon allein wegen des Unfallrisikos und der Strahlenbelastung eine zusätzliche Gefahr dar. Solange kein dauerhafter Lagerplatz für den Atom-müll gefunden ist, sollte deshalb aller Müll an dem Standort bleiben, an dem er gerade ist.

**Die abgebrannten Brennelemente aus Obrigheim sollen also einfach im Nasslager des AKW liegen bleiben?**

Nein. Abgebrannte Brennelemente sollten aus Sicherheitsgründen so schnell wie möglich trocken gelagert werden, etwa in Castor-Behältern. EnBW muss endlich ein robustes, bestmöglich geschütztes Zwischenlager in Obrigheim errichten. Dazu hat sich der Konzern im Übrigen schon im Jahr 2000 bei Unterzeichnung des rot-grünen „Atomkonsens“ selbst verpflichtet.

**Hat sich EnBW in der Vergangenheit angemessen um den gefährlichen Müll in Obrigheim gekümmert?**

Nein. Alle abgebrannten Brennelemente hätten aus Sicherheitsgründen spätestens 2009, als

die Brennstäbe ausreichend abgekühlt waren, in Castor-Behälter gehört. Das im April 2005 gestartete Genehmigungsverfahren für ein Zwischenlager in Obrigheim lässt EnBW zudem seit Jahren mutwillig ruhen: Den Müll einfach in die unsicheren Stollen in Neckarwestheim zu verfrachten, kommt den Konzern billiger. EnBW stellt also erneut (und mit Billigung der grün-schwarzen Landesregierung) Wirtschaftlichkeit vor Sicherheit.

**Kann das AKW Obrigheim zur „grünen Wiese“ werden, wenn die abgebrannten Brennelemente jetzt von dort abtransportiert würden?**

Nein, denn dort lagern auch noch schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus dem Betrieb des AKW. Zudem fällt beim Abriss der Anlage noch jede Menge weiterer Atom-müll an, der bis auf Weiteres ebenfalls vor Ort bleiben muss, weil es keinen anderen Platz dafür gibt.

**Sind neben denen aus Obrigheim schon weitere Castor-Transporte geplant?**

Ja. Das Forschungszentrum Jülich will 152 kleinere Castor-Behälter nach Ahaus abschieben oder sogar in die USA exportieren. Aus den Wiederaufarbeitungsanlagen sollen zunächst 26 Castoren mit in Glas eingeschmolzener Atomsuppe nach Philippsburg, Biblis, Brokdorf und Ohu rollen; weitere 150 Behälter mit anderen Rückständen aus der Wiederaufarbeitung sollen nach Ahaus folgen. Und der Forschungsreaktor München II in Garching plant, sogar Brennelemente aus waffentauglichem hochangereichertem Uran in insgesamt fünf Castoren nach Ahaus zu transportieren.

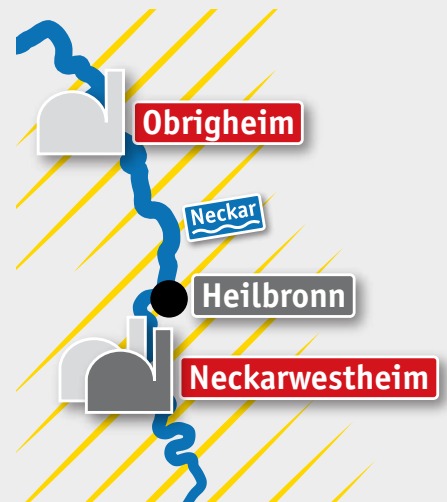
**Haben die Transporte auf dem Neckar übergeordnete Bedeutung?**

Ja. Sie sind auch ein Probelauf und Testballon von Atomkonzernen und Regierung, ob Atomtransporte weiterhin auf großen Widerstand stoßen oder nicht. Die Proteste gegen die völlig unnötigen Atom-müll-Fuhren werden daher auch mitentscheiden, ob die 152 Castoren aus Jülich woandershin verfrachtet werden. Darüber hinaus wird die Stärke des Widerstands auch Einfluss haben auf die Debatte, ob alle abgebrannten Brennelemente aus allen AKW künftig an wenigen Zwischenlager-Standorten konzentriert werden: In diesem Fall wären Hunderte Castor-Transporte quer durch die Republik zu erwarten ...

Armin Simon

# Castor stoppen!

Vielfältige kreative und widerständige Proteste sowie Aktionen zivilen Ungehorsams sind in Planung, um die Castor-Transporte nach Neckarwestheim zu verhindern und deutlich zu machen, dass das Verschieben von Atom-müll das Atom-müllproblem nicht löst. Atomkraftgegner\*innen aus der Region und aus ganz Deutschland werden sich daran beteiligen – und so auch darauf aufmerksam machen, dass acht Atomkraftwerke in Deutschland, darunter das AKW Neckarwestheim 2, Tag für Tag immer noch neuen Atom-müll produzieren. Bist Du dabei?

**Auftaktdemo: Sa, 4.3. Heilbronn**

Den Auftakt zu den Castor-Protesten im Neckartal macht eine große Anti-Atom-Demo in Heilbronn am Samstag, den 4.3. – fast genau 6 Jahre nach Beginn der Atomkatastrophe in Japan und damit zugleich die süddeutsche Demo zum Fukushima-Jahrestag. Der Demozug wird von der Innenstadt bis direkt an die Castor-Transportstrecke, den Neckar, führen.

**Jetzt unterschreiben!**

Aktuelle Informationen zur Demo, zu den geplanten Transporten und zu den Protesten dagegen findest Du auf [www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de), außerdem Material zum Informieren und Verteilen sowie eine Unterschriftensammlung gegen die unsinnige Atom-müll-Verschlepperei. Fordere auch Du: „Keine Castor-Transporte von Obrigheim nach Neckarwestheim!“

**Auf dem Laufenden bleiben**

Um auch kurzfristig auf dem Laufenden zu bleiben, trage Dich für den kostenlosen Castor-Newsletter ein: [www.neckar-castorfrei.de](http://www.neckar-castorfrei.de)

# „Ich fahre den Castor“



Foto: privat

**Porträt | Daniel Knoll, 29, hat 2011 mitgeholfen, dem Reaktor Neckarwestheim 1 den Stecker zu ziehen. Im „Bündnis Neckar castorfrei“ bereitet er nun Proteste gegen die geplante Verschiffung hochradioaktiven Atommülls auf dem Neckar vor – und erlebt dabei auch ganz neue Perspektiven**

**D**ass es soweit noch kommt mit mir: Ich fahre den Castor! Okay, nicht in echt. Wir haben einen Transporter gemietet und auf den unsere 2,50 Meter lange Castor-Attrappe geladen. Das ist eine Konstruktion aus Dachlatten, mit Stoff bespannt. Sieht aber ziemlich echt aus. Neben dem Transporter laufen so 15 Leute von uns, zum Teil auch als laufender kleiner Castor verkleidet. So touren wir dann von Ort zu Ort. Begleitet werden wir von einer Polizei-Eskorte, die ist aber echt. Die fahren hinter uns und vor uns, mit Blaulicht. Sehr witzig. Und originalgetreu. Ich finde es übrigens faszinierend, wie freundlich die Polizei sein kann ...

Gegen Atomkraft aktiv bin ich seit 2009, seit der Debatte um die Laufzeitverlängerung. Da haben wir unser „Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn“ gegründet. Angefangen haben wir mit einer Filmvorführung zum Uranabbau – „Uranium – is it a country?“.

**„Es heißt, die Schiffe, mit denen die Castoren transportiert werden sollen, seien ‚unsinkbar‘. Von solchen Schiffen hat man in der Geschichte ja schon gehört.“**

Wir dachten, es wäre gut, wenn so 20, 30 Leute kämen. Tatsächlich strömten 200 zu uns. Seitdem habe ich viele Demos mitorganisiert. Toll war die Anti-Atom-Menschenkette am 12. März 2011 vom AKW Neckarwestheim nach Stuttgart – wie das

Schicksal es wollte genau einen Tag nach Beginn der Atomkatastrophe in Fukushima. Wir hatten einen großen Stromstecker aus Pappmaschee gebastelt, der wurde ganz am Anfang der Menschenkette in Neckarwestheim aus einem symbolischen AKW gezogen und dann durch die Reihe gereicht. Etwas weiter hatten wir Windräder und Solarpanels aufgebaut, dort wurde der Stecker dann am Ende eingesteckt.

Das jetzt hier im Neckartal Castor-Transporte mit hochradioaktivem Müll stattfinden sollen,

vom AKW Obrigheim zum AKW Neckarwestheim, ist vielen Menschen noch gar nicht bekannt. Deshalb haben wir als erstes eine „Info-Welle“ gestartet: Jedes Wochenende besuchen wir ein paar Orte entlang des Neckars, dem Castor entgegen bis nach Obrigheim. In den Ortschaften hieven wir den Castor auf einen Bollerwagen und machen einen kleinen Demozug, erzählen von den geplanten Transporten, halten Reden, sammeln Unterschriften. Wir machen damit natürlich auch der Politik und EnBW klar, dass wir Castor-Transporte auch von einer Grünen-Landesregierung nicht akzeptieren.

Wir werden oft gefragt: „Ja was soll denn mit den abgebrannten Brennelementen aus dem AKW Obrigheim sonst passieren?“ Wir sagen dann: Den Atommüll einfach in einem brüchigen Steinbruch in Neckarwestheim abzustellen, wie EnBW es gerade plant, ist jedenfalls keine Lösung. Da können die Castoren nämlich auch nicht bleiben. Hochradioaktiven Atommüll durch die Gegend zu fahren, ohne zu wissen, wohin damit, macht aber in keinem Fall Sinn. Vielmehr sollte man doch zuallererst aufhören, weiter neuen Müll zu produzieren – also das AKW Neckarwestheim-2 und die anderen noch laufenden Reaktoren endlich abschalten. Das verstehen die Leute dann schnell.

Viele sind schon sehr verwundert, warum nun ausgerechnet unter einer Grünen-Regierung Castoren durch die Gegend gefahren werden sollen. Das hat man ja nur von der „anderen“ Seite erwartet. Aber der baden-württembergische Umweltminister Untersteller ist ja eh nicht sonderlich auf Anti-Atom-Kurs, zumindest nicht, seit er an der Regierung ist.

Die EnBW hat ebenfalls so eine Art Infotour gemacht. Vertreter von denen sind in die Gemeinderäte und haben versucht zu erklären, warum sie den Atommüll hin- und herschieben wollen. Unser Bündnis hat vorgeschlagen, dass



wir bei diesen Treffen unsere Gegen-Argumente vortragen. Das wurde abgelehnt. Immerhin haben die Räte dann teilweise unsere Fragen weitergegeben. EnBW hat sich allerdings um alle Kritikpunkte herumgeredet. Vor einigen Jahren hieß es beispielsweise, dass es keinen Kran gebe, mit dem man einen havarierten Castor aus dem Fluss ziehen könne. Jetzt heißt es nur noch, die Schiffe, mit denen die Castoren transportiert werden sollen, seien „unsinkbar“. Von solchen Schiffen hat man in der Geschichte ja schon gehört. Kann man sich also seinen Teil dazu denken!

Im Aktionsbündnis bin ich an verschiedenen Stellen aktiv. Nach der „Info-Welle“ etwa planen wir schon eine große Demo für den 4. März. Um diese Zeit, also zum Fukushima-Jahrestag, haben wir in den vergangenen Jahren immer eine Demo in Neckarwestheim gemacht. Dieses Jahr

gehen wir, weil der Castor vor der Tür steht, nach Heilbronn, das ist die größte Stadt an der geplanten Transportstrecke, und organisieren dort einen großen Demozug von der Innenstadt bis zum Neckar. Und wenn die Transporte starten, wird auch einiges passieren. Wir hoffen, dass viele Aktive aus ganz Deutschland zu uns kommen, und es wird sicher sehr viele kreative und bunte Protestaktionen entlang des Neckars geben.

Nach der Menschenkette 2011, nur vier Tage später, ist Block 1 des AKW Neckarwestheim übrigens endgültig abgeschaltet worden. Das ist schon eine beeindruckende Erfahrung – wenn wir uns mit vielen zusammentun, dann können wir was bewegen. Auch und obwohl man immer denkt, das wäre bei der Übermacht von Atomkonzernen und Politik nicht möglich. Ist es aber doch.

Protokoll: Julia Schumacher

**„Den Atommüll einfach in einem brüchigen Steinbruch in Neckarwestheim abzustellen, wie EnBW es gerade plant, ist keine Lösung.“**



**Neckar castorfrei**

Das „Bündnis Neckar castorfrei“ ist ein Zusammenschluss von mehreren lokalen und überregionalen Anti-Atom-Initiativen, darunter .ausgestrahlt. Von einem eigens gegründeten Aktionsbüro in Heilbronn aus bereitet es vielfältige Proteste gegen die geplanten Castor-Transporte im Neckartal vor. Mehr Infos auf den Seiten 14/15 sowie auf [www.neckar-castorfrei.de](http://www.neckar-castorfrei.de) und [www.facebook.com/NeckarXCastor](http://www.facebook.com/NeckarXCastor)

Anzeige

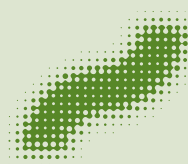


Jetzt wechseln und 25 €-Strom- bzw. Gasgutschrift erhalten: [www.naturstrom.de/ausgestrahlt](http://www.naturstrom.de/ausgestrahlt)

von NATURSTROM gefördertes Wasserkraftwerk Flossing

**Saubere Energie**

- **Strom aus Wasser- und Windkraft, von führenden Umweltverbänden empfohlen**
- **Biogas aus Rest- und Abfallstoffen**
- **Anbieter unabhängig von Kohle- und Atomindustrie**
- **Bau und Förderung neuer Öko-Kraftwerke**
- **fairer Preis, keine Mindestvertragslaufzeit, einfacher Wechsel, ausgezeichnete Kundenservice**





Protest vor dem Reichstag am 15. Dezember 2016

Foto: Jakob Huber

# Ausstieg – aus den Kosten

**Hintergrund** | Gute, schlechte und absurde Fakten zum Deal zwischen Bundesregierung und Atomkonzernen zu den Atom-Folge-Kosten, zum Verfassungsgerichtsurteil zum Atomgesetz und zum Wegfall der Brennelemente-Steuer

## 5

Das Bundesverfassungsgericht hat am 6. Dezember über die Klage von RWE, Eon und Vattenfall gegen die Verkürzung der AKW-Laufzeiten nach Fukushima entschieden. Viele Medien meldeten, die Konzerne hätten Recht bekommen und der Staat müsse ihnen Entschädigung zahlen. Dabei hat das Gericht eindeutig bestätigt, dass die Regierung AKW abschalten darf. Lediglich in „Randbereichen“, nämlich bei zwei AKW, stehe den Betreibern ein geringer Ausgleich zu. Am Ende können sie froh sein, wenn sie von den geforderten 19 Milliarden Euro Schadenersatz zumindest **5 Prozent** bekommen, also einen dreistelligen Millionenbetrag. Möglicherweise wird es sogar noch weniger sein.

## 500.000

Zum Jahreswechsel hat die große Koalition die Brennelemente-Steuer abgeschafft. Jedes AKW hat damit pro Tag rund **500.000 Euro** mehr in der Kasse. Die AKW-Betreiber feiern. Die Gefahr: Wo Gewinne sprudeln, wachsen die Begehrlichkeiten. Es könnte also in einigen Jahren zu einer neuen Debatte über Laufzeitverlängerungen kommen, nach dem Motto: Es bleibt zwar beim Atomausstieg, er dauert nur ein bisschen länger.

## 23

Am 15. Dezember hat der Bundestag die neue gesetzliche Regelung in Sachen Atommüll-Kosten beschlossen. Gegen eine einmalige Zahlung von **23 Milliarden Euro** kaufen sich die AKW-Betreiber für alle Zeiten von der Verantwortung für die strahlenden Abfälle frei. Das Geld kommt in einen öffentlichen Fonds, aus dem zukünftig die Atommüll-Lagerung bezahlt wird. Reicht das Geld nicht, wovon auszugehen ist, dann zahlt die Allgemeinheit. Das Verursacherprinzip, das die Regierung nach eigenen Angaben hochhalten wollte, ist damit abgeschafft.

## 7

Dass die AKW-Betreiber nicht deutlich mehr Geld in den öffentlichen Fonds einzahlen müssen, liegt daran, dass ihre wirtschaftliche Lage angeblich so schlecht ist, dass sie ansonsten insolvent gehen könnten. Aus diesem Grund räumt das Gesetz ihnen sogar die Möglichkeit einer Ratenzahlung ein. Als besonders prekär stellten Politiker\*innen und Medien in den letzten Monaten stets die Situation von RWE dar. Dies machte Eindruck insbesondere auf die SPD, geht es doch um 60.000 Arbeitsplätze hauptsächlich in NRW sowie um zahlreiche Kommunen dort, die Anteile an RWE halten – und im Mai sind Landtagswahlen. Seltsam allerdings: Kaum ist das Gesetz beschlossen, verkündet RWE, die knapp **7 Milliarden Euro** für den Fonds auf einen Schlag überweisen zu können, und dies sogar ohne Kapitalerhöhung. Die „Süddeutsche Zeitung“ spricht von einer „abrupten Genesung“.

## 11

Was für eine Nachricht! 20 Klagen gegen den Staat ziehen die AKW-Betreiber zurück, heißt es im Dezember. Politiker\*innen applaudieren, hatten doch die Bundestagsfraktionen einen solchen Rückzug als Gegenleistung für das große Entgegenkommen bei den Atom-Folge-Kosten verlangt. Das Gesetzespaket könne nun also kommen, verkünden sie. Tatsächlich zurückgezogen haben die AKW-Betreiber indes nur Klagen gegen das Moratorium von 2011, die zum größten Teil in erster Instanz schon verloren worden waren, sowie Klagen in Sachen Atommüll-Lagerung, die sich mit dem neuen Gesetz sowieso erledigt haben, da ja die Betreiber künftig nicht mehr für ihren Müll zahlen müssen. Finanziell geht es in allen beendeten Verfahren zusammen um etwa 600.000 Euro. Zwei Klagen ziehen die Konzerne allerdings nicht zurück: die gegen die Brennelemente-Steuer und das Schadenersatzverfahren vor einem internationalen Schiedsgericht, das Vattenfall wegen der Abschaltung des AKW Krümmel angestoßen hat. Gesamtstreitwert dieser beiden Klagen: **11 Milliarden Euro**.

Jochen Stay

# .ausgestrahlt-Shop

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material für Dein Engagement gegen Atomkraft. Lieferadresse nicht vergessen, dann an .ausgestrahlt, Marienthaler Str. 35, 20535 Hamburg, Fax 040 2531-8944. Oder online bestellen – da gibt's auch das volle Sortiment: [www.ausgestrahlt.de/shop](http://www.ausgestrahlt.de/shop)

## AKW Gundremmingen – Wer B sagt, muss auch C sagen

### Plakat

\_\_\_\_\_ A2 – kostenlos M-312-01

\_\_\_\_\_ A3 – kostenlos M-312-02

### Aufkleber „AKW Gundremmingen – Wer B sagt, muss auch C sagen“

\_\_\_\_\_ wetterfest, 16 × 6,5 cm – 10 Cent V-312-01



### Unterschriftenliste

Mit Platz für jeweils 14 Unterschriften

\_\_\_\_\_ A4, zweiseitig – kostenlos M-312-04



### Flyer

\_\_\_\_\_ DIN lang, sechseitig mit Antwortkarte – kostenlos M-312-03



### Hintergrund-Info „AKW Gundremmingen“

Fragen und Antworten zu den zwei gefährlichsten Reaktoren in Deutschland

\_\_\_\_\_ A5, vierseitig – kostenlos M-312-05



## Neckar-Castor

### Plakat „Neckar castorfrei“

\_\_\_\_\_ A2 – kostenlos M-313-01

\_\_\_\_\_ A3 – kostenlos M-313-02

### Flyer „Neckar castorfrei“

Info-Flyer zur bundesweiten Mobilisierung

\_\_\_\_\_ A5, vierseitig – kostenlos M-313-07



### Hintergrund-Info „Atommüll auf dem Neckar“

Fragen und Antworten zu den geplanten Castor-Transporten vom AKW Obrigheim zum AKW Neckarwestheim

\_\_\_\_\_ A5, vierseitig – kostenlos M-313-04



### Flyer „Neckar castorfrei“ – regionaler Bezug

Info-Flyer für die Bevölkerung in den Orten entlang der Castor-Transportstrecke im Neckartal

\_\_\_\_\_ A5, zweiseitig – kostenlos M-313-06



### Aufkleber „Neckar castorfrei“

\_\_\_\_\_ wetterfest, ø 9,5 cm – kostenlos M-313-05

### Unterschriftenliste „Keine Castor-Transporte von Obrigheim nach Neckarwestheim“

Mit Platz für jeweils 14 Unterschriften

\_\_\_\_\_ A4, zweiseitig – kostenlos M-313-03

## .ausgestrahlt

### .ausgestrahlt-Magazin Nr. 34

zum Auslegen und Verteilen

\_\_\_\_\_ A4, 24 Seiten – kostenlos M-121-34



## Fukushima-Jahrestag 11. März / Tschernobyl-Jahrestag 26. April



**Plakat „Mahnwache Fukushima“**  
 Mit Freifläche zum Eintragen/Aufkleben von Ort und Zeit Deiner Veranstaltung

\_\_\_\_\_ A2 – kostenlos M-310-18  
 \_\_\_\_\_ A3 – kostenlos M-310-19



**Info-Broschüre „Fukushima und Tschernobyl“**  
 Fragen und Antworten zu den beiden bisher größten Atomkatastrophen

\_\_\_\_\_ A6, 40 Seiten – 40 Cent  
 (ab 10 Exemplare: 30 Cent/Stck.) V-125-12

**Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“**  
 15 Plakate (inkl. Titelplakat) zu Fakten und Folgen der beiden schlimmsten Reaktorunfälle bisher. Format A1, 60 x 80 cm

\_\_\_\_\_ 120 Euro Soli-Preis V-310-01  
 \_\_\_\_\_ 60 Euro Normal-Preis V-310-01-2  
 \_\_\_\_\_ 30 Euro Leider-leider-Preis V-310-01-3



**Ankündigungsplakat für die Ausstellung**  
 Hat Platz für einen Überkleber mit Zeit und Ort Deiner Ausstellung

\_\_\_\_\_ A2 – kostenlos M-310-11  
 \_\_\_\_\_ A3 – kostenlos M-310-04



**Ausstellung „Gorleben soll leben“ – erweiterte und überarbeitete Neuauflage**  
 4 Plakate zu (1) Geologie des Salzstocks und Gefahren eines Atommüll-lagers dort, (2) Tricks und Lügen, um den Standort durchzudrücken, (3) 40 Jahre Widerstand und (4) zur Situation heute. 60 x 80 cm

**Set mit allen 4 Plakaten**

\_\_\_\_\_ 24 Euro Soli-Preis V-302-07-1  
 \_\_\_\_\_ 12 Euro Normal-Preis V-302-07-2



## Menschenkette Tihange–Aachen 25.6.



**Plakat „Kettenreaktion Tihange“**  
 90 Kilometer Menschenkette von Tihange bis Aachen!

\_\_\_\_\_ A2 – kostenlos M-314-01  
 \_\_\_\_\_ A3 – kostenlos M-314-02

**Einzelplakate – 3 Euro**

\_\_\_\_\_ „Geologie“ V-302-08  
 \_\_\_\_\_ „Tricks“ V-302-09  
 \_\_\_\_\_ „Widerstand“ V-302-10  
 \_\_\_\_\_ „aktuelle Situation“ V-302-11

## Adresse

Vorname: \_\_\_\_\_

Nachname: \_\_\_\_\_

Straße, Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

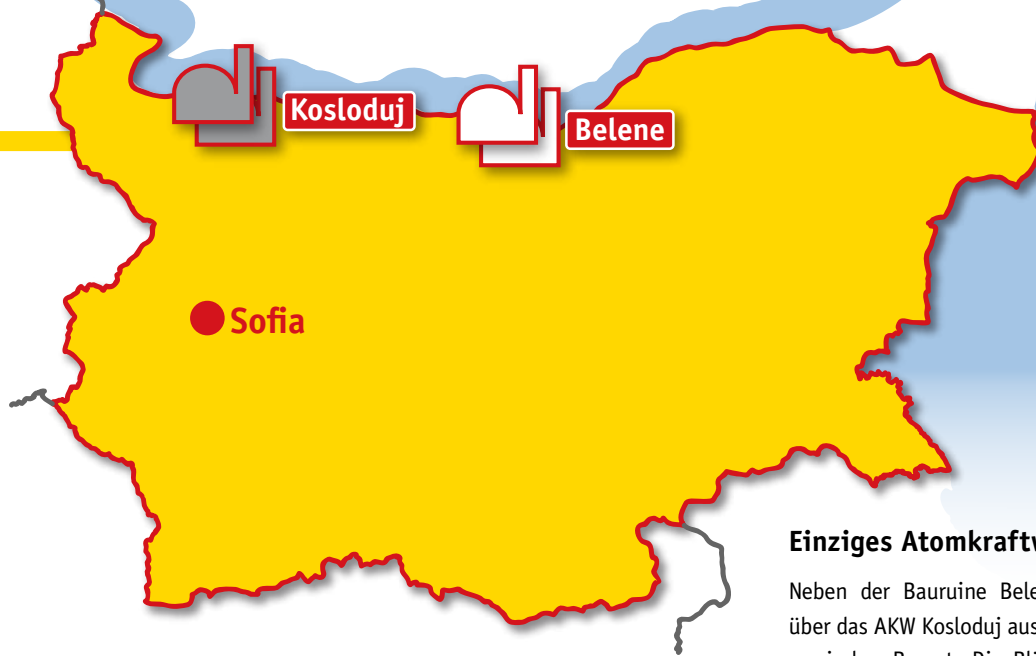
E-Mail: \_\_\_\_\_

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,70 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos:  per Post das .ausgestrahl-Magazin  den E-Mail-Newsletter

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_  
 an .ausgestrahl, Marienthaler Str. 35, 20535 Hamburg • Fax 040 2531-8944 • [www.ausgestrahl.de/shop](http://www.ausgestrahl.de/shop)





# Atomkraft in Bulgarien

**Hintergrund | Das AKW-Projekt Belene, mitten im Erdbebengebiet, ist schon dreimal gescheitert. Aber Totgesagte leben manchmal länger**

Atomkraft in Bulgarien, das war vor gut zehn Jahren auch hierzulande ein großes Thema: Banken und Energieversorger aus Deutschland wollten sich als Geldgeber und Investoren am Bau des AKW Belene an der Donau beteiligen – mitten in einem Erdbebengebiet. Eine breite Kampagne sorgte damals dafür, dass sich Commerzbank, Hypovereinsbank und Deutsche Bank schließlich doch dagegen entschieden, den riskanten AKW-Neubau mit Krediten zu unterstützen. Eon als Investor sprang ebenfalls schnell ab. RWE brauchte etwas länger: Erst im Oktober 2009 erklärte der Konzern den Ausstieg aus dem Projekt, dessen Kosten bereits explodierten, bevor die Finanzierung abgesichert war. In Deutschland ist es seitdem ruhig geworden um Belene im Besonderen und um Atomkraft in Bulgarien im Allgemeinen.

## Belene – eine unendliche Geschichte

Verschiedene bulgarische Regierungen jedoch versuchten weiter, die Finanzierung der zehn Milliarden Euro für Belene sicher zu stellen. Allerdings ohne Erfolg, so dass 2012 die damalige Regierung das Projekt endgültig offiziell beendete. Der russische Konzern Atomstroyexport beziehungsweise dessen Exportarm Rosatom, der die Reaktoren für Belene hätte liefern sollen, zog vor ein internationales Schiedsgericht. Dieses verfügte

im Juni 2016, dass das staatliche bulgarische Energieunternehmen NEK, das Belene gemeinsam mit Rosatom hatte bauen wollen, Schadensersatz in Höhe von 500 Millionen Euro plus Zinsen an Atomstroyexport zahlen sollte. Nachdem im November 2016 der russlandfreundliche Rumen Radew zum Präsident gewählt wurde, gab es kurz Spekulationen über einen staatlichen Weiterbau von Belene, weil vor allem Russland daran großes Interesse hatte. Diese Option war jedoch schnell wieder vom Tisch.

Nach kurzen Auseinandersetzungen über die genaue Höhe der Summe zahlte die bulgarische Regierung Ende 2016 schließlich über 600 Millionen Euro Schadensersatz. Ein erster Versuch, Teile der Ausrüstung an den Iran zu verkaufen, scheiterte. Nun will die Regierung die Investitionsruine – geplant war der Bau von zwei Reaktoren à 1.000 Megawatt, von denen einige Teile bereits geliefert wurden – als Ganzes an private Investoren veräußern, damit diese das AKW fertig bauen und dann betreiben. Die scheidende Energieministerin Temenuzhka Petkova erklärte im Dezember, drei chinesische Unternehmen hätten daran Interesse bekundet. Die zentrale wirtschaftliche Frage bleibt jedoch, wer den Strom aus den AKW abnehmen soll, da Bulgarien bereits Stromexporteur ist und die Nachbarländer ebenfalls keinen Bedarf haben.

## Einziges Atomkraftwerk Kosloduj

Neben der Bauruine Belene verfügt Bulgarien über das AKW Kosloduj aus sechs Reaktorblöcken russischer Bauart. Die Blöcke 1–4 mussten als Bedingung zum EU-Beitritt abgeschaltet werden: Kosloduj 1 und 2 bereits 2002, die Blöcke 3 und 4 dann zum 31.12.2006.

Kosloduj 5 und 6 sind Druckwasserreaktoren vom Typ WWER 1000/320. Kosloduj 5 hätte planmäßig im Oktober 2016 sein Betriebsende erreicht. Eine mit Rosatom vereinbarte Generalüberholung soll den Reaktor aber 30 weitere Jahre am Netz halten. Auch die Laufzeit von Block 6 soll verlängert werden.

Darüber hinaus gibt es Ideen für einen Neubau Kosloduj 7, wobei unklar ist, wer das Kraftwerk bauen, und erst recht, wer es finanzieren soll. Ein Gedankenspiel geht dahin, die für Belene gelieferten Bauteile hier zu nutzen.

## Anti-Atom-Bewegung

Gegen das Atomprojekt formierte sich einst lokaler und landesweiter Widerstand in der „BeleNe!“-Koalition. Besonders abstrus war, dass das Projekt, das ja noch aus sozialistischen Zeiten stammte, nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wegen breiter Proteste bereits abgeblasen gewesen war. Nach seiner Neuaufnahme mussten die Aktivist\*innen und Umweltgruppen erst wieder mühsam die Gefahren der Atomkraft erklären. International bekannt wurde die Biobäuerin Albena Simeonova, die wegen ihres Widerstandes gegen das AKW mehrfach Morddrohungen erhielt.

Die Kampagne profitierte davon, dass die Finanzierung von Belene so schwierig war, womit sich die ökonomischen Gefahren der Atomkraftnutzung gut illustrieren ließen. Das half, die zunächst sehr pro-nukleare Stimmung zu drehen.

Allerdings wandten sich in Bulgarien nach dem Ende von Belene zahlreiche Aktivist\*innen und Organisationen anderen ebenfalls drängenden Problemen zu, sei es Gold- oder Braunkohlebergbau oder der Naturzerstörung durch ausufernde Baumaßnahmen. Die Anti-Atom-Bewegung hat dadurch an Kraft verloren.

*Regine Richter, urgewald*



Foto: Andreas Comandt / PubliXviewring

## Verfassungsgericht billigt AKW-Stillegungen

Das Abschalten von acht AKW nach Fukushima war ebenso verfassungsgemäß wie die Rücknahme der Laufzeitverlängerung. Das stellt am 6. Dezember das Verfassungsgericht klar und weist damit die Klagen von Eon, RWE und Vattenfall weitgehend ab. Die Politik habe jederzeit das Recht, das Atomrisiko neu zu bewerten und daraus Konsequenzen zu ziehen, halten die Richter\*innen fest. Vor dem Gerichtsgebäude fordern Atomkraftgegner\*innen und .ausgestrahlt gut sichtbar: „Alle AKW jetzt abschalten!“

Dass die Aktienkurse von Eon und RWE dennoch zunächst in die Höhe schnellen, ist einer irreführenden Meldung der Nachrichtenagentur dpa

zu verdanken, die – fälschlicherweise – suggeriert, das Gericht habe den Konzernen eine milliardenschwere Entschädigung zugesprochen. Davon jedoch kann keine Rede sein: Laut Urteil kann es lediglich bei zwei AKW kleinere Ausgleichs-Zahlungen geben. Allerdings müssten die Konzerne dafür erst einmal einen konkreten Schaden nachweisen – zuletzt warfen ihre AKW bekanntlich kaum noch Gewinne ab. Statt den geforderten 19 Milliarden Euro wird also maximal ein dreistelliger Millionenbetrag fällig. .ausgestrahlt hat Fragen und Antworten zum Urteil zusammengestellt:

[www.ausgestrahlt.de/blog/atomurteil/](http://www.ausgestrahlt.de/blog/atomurteil/)

## Steuerbefreiung, Haushaltsloch und Strafanzeigen

Mehr als 300.000 Unterschriften für den Fortbestand der Brennelemente-Steuer übergeben .ausgestrahlt, Umweltinstitut München und Campact am 15. Dezember vor dem Reichstag an den finanzpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Lothar Binding. Die von CDU, CSU und FDP initiierte Steuerbefreiung für AKW zum Jahresende können sie allerdings nicht verhindern: Im Parlament beugt sich die SPD der Koalitionsdisziplin und stimmt mit der Union und gegen ihre eigene Überzeugung gegen eine Verlängerung der Steuer. Der Staat verzichtet damit vorerst auf Einnahmen von mehr als einer Milliarde Euro jährlich. Die AKW-Betreiber profitieren mit rund 500.000 Euro pro Reaktor und Tag.

In Erwartung dieses Steuergeschenks befüllen sie ihre Reaktoren 2016 mit weit aus weniger frischem Brennstoff als sonst üblich; stattdessen planen sie zusätzliche „Tankstopps“ Anfang 2017, bei denen sie – dann steuerfrei – weitere frische Brennelemente in den Reaktorkern laden wollen. Durch diesen Trick entgehen dem Staat bereits 2016 rund 700 Millionen Euro – Geld, das im Bundeshaushalt eingeplant war. .ausgestrahlt, Umweltinstitut und Campact machen dieses Haushaltsloch am 4. November mit einer Aktion vor dem Finanzministerium öffentlich sichtbar.

Die zusätzlichen „Tankstopps“ verursachen zudem zusätzliche radioaktive Emissionen, denn für jedes Nachladen von Brennelementen müssen die Reaktordeckel erneut geöffnet werden. Der Steuerspartrick von Eon, RWE und EnBW widerspricht daher dem Minimierungsgebot der Strahlenschutzverordnung. .ausgestrahlt stellt deshalb am 12. Dezember Strafanzeige gegen die Betreiber und gegen die Aufsichtsbehörden, welche diese Praxis dulden.

[www.ausgestrahlt.de/brennelemente-steuer](http://www.ausgestrahlt.de/brennelemente-steuer)



Fotos: Jakob Hüber

## 140.000 gegen Atom-Finanz-Deal

„Wir zahlen nicht für euren Müll!“ Diesem Aufruf von .ausgestrahlt und Umweltinstitut München schließen sich bis Mitte Dezember mehr als 140.000 Menschen an. Sie protestieren damit gegen die Pläne der Bundesregierung, die AKW-Betreiber aus der Haftung für ihren Atommüll zu entlassen und das Risiko immenser Atommüll-Kosten den Steuerzahler\*innen aufzubürden. In einer offiziellen Stellungnahme an das Wirtschaftsministerium bringen .ausgestrahlt und Umweltinstitut München die Kritik an dem Vorhaben nochmals auf den Punkt und zeigen detailliert die Mängel des Gesetzespaketes sowie die finanziellen Risiken für die Steuerzahler\*innen auf. Dennoch stimmt der Bundestag am 15. Dezember dem konzernfreundlichen großen Atom-Finanz-Deal zu. Ein paar unbekannte und absurde Zahlen dazu findest Du auf Seite 18, Fragen und Antworten zu der Neuregelung sowie eine ausführliche Bewertung des großen Atom-Finanz-Deals unter

[www.ausgestrahlt.de/badbank](http://www.ausgestrahlt.de/badbank)

## .ausgestrahlt sagt Danke

Mit ihren regelmäßigen kleineren oder größeren Beiträgen sichern Förderinnen und Förderer die finanzielle Basis der unabhängigen, vielseitigen und verlässlichen Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt. Umso mehr freuen wir uns über die 285 Menschen, die Ende 2016 neu Förderin oder Förderer geworden sind oder ihren Beitrag aufgestockt haben – vielen Dank! Den Aufenthalt im Bio-Hotel „Kenners Landlust“ hat Hannelore Bogun gewonnen, der Ökostrom von den Elektrizitätswerken Schönau geht an Birgit Rubensdoerffer und Werner Frütsche – herzlichen Glückwunsch!

[www.ausgestrahlt.de/foedern](http://www.ausgestrahlt.de/foedern)

## Info-Welle zum Neckar-Castor

Mit einer „Info-Welle“ klärt das von .ausgestrahlt mit getragene Bündnis „Neckar castorfrei“ seit 21. Januar in den Städten und Gemeinden zwischen Obrigheim und Neckarwestheim über die bevorstehenden Castor-Transporte auf dem Neckar auf. .ausgestrahlt unterstützt die geplanten Proteste gegen die gefährliche und sinnlose Atommüll-Verschlebung mit Infomaterial und einer Unterschriftensammlung – siehe Seite 14–17 sowie unter

[www.ausgestrahlt.de/neckar-castor](http://www.ausgestrahlt.de/neckar-castor)

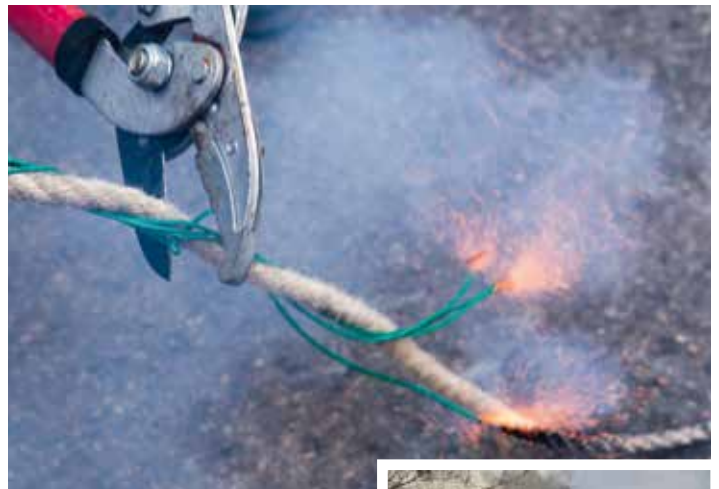


Foto: Jürgen Heiligardt

Der Castor kommt: „Info-Welle“ am 21. Januar in Ludwigsburg

## Zündschnurkappen in Gundremmingen

Auf den Tag genau 40 Jahre nach dem Unfall im AKW Gundremmingen A vom 13. Januar 1977, der das endgültige Aus für den gerade einmal zehn Jahre alten Reaktor bedeutete, vereiteln Atomkraftgegner\*innen weitere Unglücke in den noch laufenden Reaktorblöcken B und C. Mit einer Schere kappen sie symbolisch zwei Zündschnüre, die zu AKW-Modellen führen. Die Aktion ist der Auftakt zu gemeinsamen Aktionen von .ausgestrahlt, Umweltinstitut München und der örtlichen Bürger\*innen-Initiative „FORUM“ für die Abschaltung beider Reaktoren 2017. Nach dem derzeit gültigen Atomgesetz muss lediglich Block B Ende dieses Jahres vom Netz, Block C hingegen darf noch bis Ende 2021 laufen. Gravierende Sicherheitsprobleme gibt es allerdings in beiden Meilern – siehe Seite 12–13, 24 sowie unter [www.ausgestrahlt.de/akw-gundremmingen](http://www.ausgestrahlt.de/akw-gundremmingen)



## Fässer ohne Boden

Die Atommüll-Kommission hat ihre Arbeit beendet, den Konflikt um den Atommüll jedoch hat sie nicht einmal in Ansätzen gelöst. Auf Einladung örtlicher Anti-Atom-Initiativen skizziert .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay auf zahlreichen Info- und Diskussionsveranstaltungen bundesweit den Stand in der Atommüll-Debatte, die Fehler der Atommüll-Kommission, die Fallstricke des anlaufenden neuen Suchverfahrens und die Einflussmöglichkeiten der Anti-Atom-Bewegung. Weitere Veranstaltungen und Vorträge, auch zu anderen Themen, sind geplant: [www.ausgestrahlt.de/vortraege](http://www.ausgestrahlt.de/vortraege)



Fotos: Tobias Witzgall

## Weniger Schutz beim Strahlenschutz?

Das geplante Strahlenschutzgesetz, welches die bisherige Strahlenschutzverordnung ablösen soll, blendet aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zur Schädlichkeit radioaktiver Strahlung in vielen Punkten aus. In einer Stellungnahme an das Bundesumweltministerium fordern 50 Initiativen und Verbände, darunter .ausgestrahlt, dass die Gesundheit der Bevölkerung und die Vermeidung von genetischen Schäden klaren Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben muss. [www.atommuellkonferenz.de](http://www.atommuellkonferenz.de)

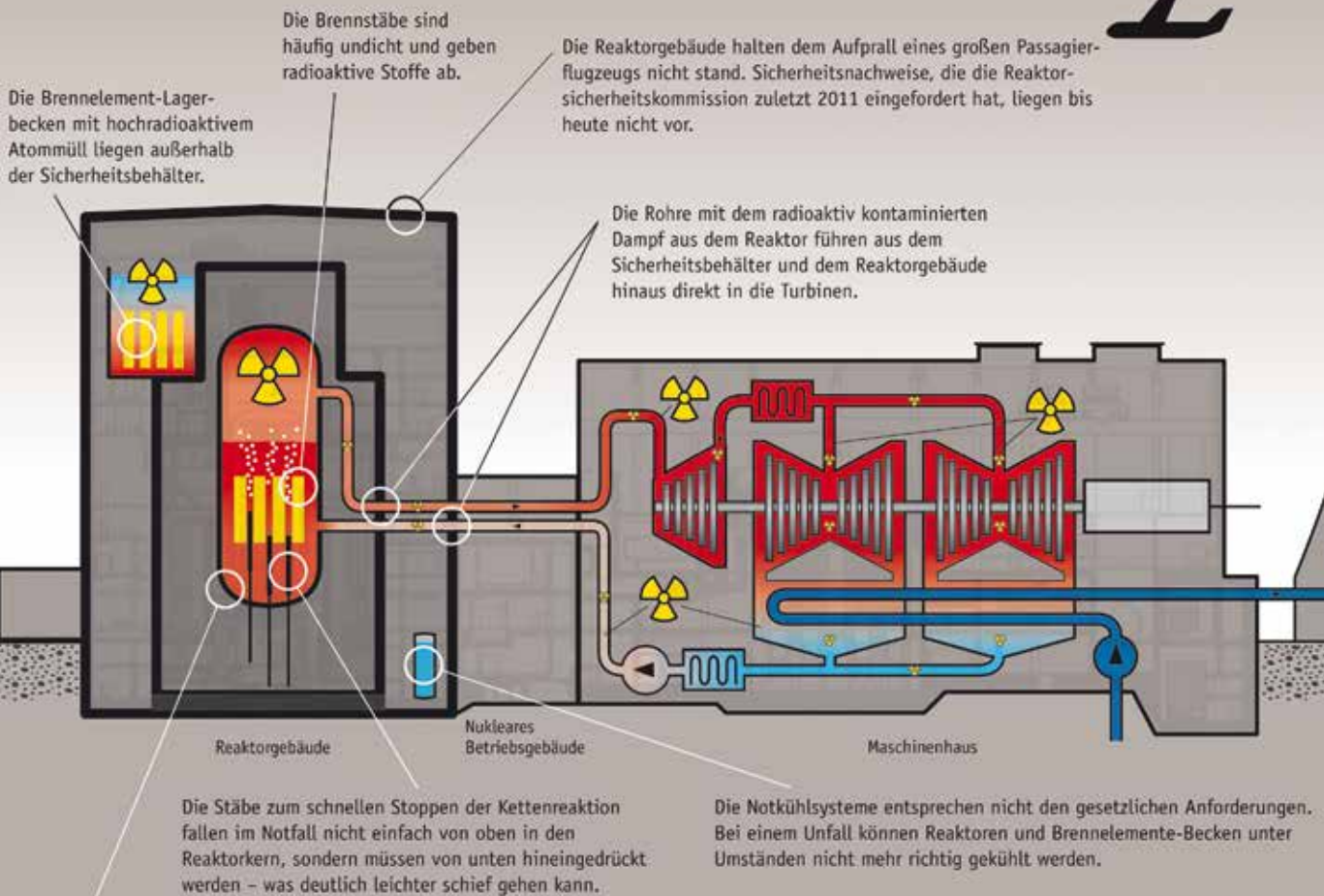


„Ich fördere .ausgestrahlt, weil es für den Atomausstieg weiterhin verdammt wichtig ist, öffentlich Druck zu machen, damit die restlichen AKW wirklich abgeschaltet werden!“

Stefan Bielkin, Hamburg

# Deutschlands gefährlichstes AKW

**Infografik** | Block B des AKW Gundremmingen muss laut Gesetz Ende des Jahres vom Netz. Block C hingegen, baugleich, soll noch vier Jahre länger laufen dürfen – trotz eklatanter Sicherheitsmängel. Ein Überblick



**.ausgestrahlt fordert:**

- AKW Gundremmingen: Block B und Block C 2017 abschalten
- Block C darf nicht, wie im Atomgesetz vorgesehen, noch bis Ende 2021 weiterlaufen